

wirkungslos sein, wenn etwa eine „Vollanpassung“ nach Maßgabe einer Teuerungszahl verlangt und zugestanden würde. Denn die neu geschaffene künstliche Kaufkraft müßte mit immer wachsender Beschleunigung die Preise treiben, damit die früher gekennzeichneten inflatorischen Wirkungen nach sich ziehen. In einer Denkschrift des Reichsfinanzministeriums, die in überaus gewissenhafter und theoretisch gründlicher Weise die Fragen der gleitenden Lohn- und Gehaltsskalen untersucht, heißt es sehr treffend³⁾: „Die Verfechter der Vollanpassung wollen die Folgen der Inflation, die Teuerung, durch Vermehrung der Zahlungsmittel beseitigen. Sie übersehen dabei, daß sie auf diese Weise die Inflation erhöhen und damit die Grundlagen für eine kommende vermehrte Teuerung schaffen. Wenn der Gedanke der Vollanpassung richtig wäre, müßte man alle Teuerungen und Mehrausgaben durch Erhöhung der Inflation beseitigen können. Dann aber ist es unverständlich, warum der Staat neue Steuern und Zwangsanleihen einführt, warum er nicht auf dem einfacheren Wege der Vermehrung von Papiergeld die erforderlichen Ausgaben des Staates deckt. Die Folgen einer durch die Einführung der Vollanpassung notwendig gegebenen fortschreitenden Inflation werden schließlich auch zum Zusammenbruch der Industrie führen müssen. Volkswirtschaftlich würde das Geld aufhören, ein allgemeiner Wertmesser zu sein. Die folgerichtige Durchführung des Gedankens der Vollanpassung würde also schließlich dem Gelde den Charakter des allgemeinen Zahlungsmittels überhaupt nehmen.“

In Österreich ist die Vollanpassung in großem Umfange eingeführt worden, mit all den Wirkungen, die diese volkswirtschaftliche Selbsttäuschung haben mußte. Die tiefe Fragwürdigkeit aller Indexrechnungen kann aber nicht besser beleuchtet werden, als durch die Tatsache, daß der maßgebende Index in paritätischen Verhandlungen festgesetzt wurde (vergl. Denkschrift S. 13). Damit hebt sich der Automatismus der Index-

³⁾ Denkschrift über die selbsttätig gleitende Gehalts- und Lohnskala. Reichstag. 1. Wahlperiode. 1920/1922. Drucksache Nr. 5007, S. 13.

Koalitionsende und Neuwahlen in England

Die Koalition ist „wie eine überreife Birne vom Baum gefallen, die innerlich so durch und durch faul ist, daß niemand sich bückt, um zu sehen, was an ihr ist und war.“ Diese Formulierung eines konservativen Blattes entspricht durchaus der Auffassung aller Kreise des englischen Volks, ob konservativ, liberal oder Labour. Er ist nicht nur seiner Tendenz, sondern auch seinem Wortlaut nach insofern richtig, als wir in der englischen Presse bislang noch nicht einmal einen Nachruf für die Koalition gefunden haben, der die großen Taten, die sie vollbracht hat, einigermaßen ausführlich gewürdigt hätte. In dieser Beziehung tut man in England der Koalition fraglos unrecht, denn sie hat doch mancherlei geleistet, wengleich es heute den Anschein hat, als seien alle ihre Taten fehlerhaft gewesen.

Auch für England war der Vertrag von Versailles verfehlt, denn er hat aus Frankreich die Vormacht in Europa geschaffen. Dieses marschiert nun, um ein englisches Bild zu gebrauchen, in den ausgetretenen deutschen Militärstiefeln weiter, und ist darin ein gefährlicher Rivale Englands geworden, als Deutschland es je gewesen ist. Aber dieses Ende des Kriegs war vielleicht mehr Lloyd George, als der Koalition zuzuschreiben, die unter Asquith zu einem besseren Frieden bereit gewesen wäre.

Die sozialen Reformen, vor allem die Arbeitslosenversicherung, sind fraglos große Errungenschaften. Das irische Abkommen wird vielleicht später ebenfalls als ein Schritt auf dem richtigen Wege anerkannt werden; das gleiche gilt für die Ver-

fassungreform in Indien. Daß die Dominions in ihrer politischen Stellung selbständiger geworden sind, was sich z. B. darin äußert, daß sie dem Völkerbund als Staaten beigetreten sind, wird man höchstens bei ganz engem konservativem, großbritannischem Geist beklagen können, sonst wird es in England ebenfalls allgemein als Fortschritt anerkannt.

Wir haben im vorgehenden nur einiges wiedergegeben, was die Koalition geleistet hat und was fraglos in der englischen Geschichte stets als Großes bezeichnet werden wird; heute steht man diesen Ereignissen in England allerdings noch so nahe, daß man nur die Schattenseiten, nicht aber die Vorzüge sieht. In Indien und Irland gärt es noch immer, der Weltkrieg hat eine wirtschaftliche Krise heraufbeschworen, die Millionen und Abermillionen von Menschen arbeitslos macht usw. Aber das Schlimmste, was man der Koalition zuzuschreiben hätte, übersieht man in England ganz, daß sie unter dem Demagogen Lloyd George die bürgerliche Demokratie des englischen Volkes zu einer Ochlokratie umgebaut hat. Das ist geschehen durch die Parlamentsreform aus dem Jahre 1918. Diese Reform krönt das Lloyd Georgesche Verfassungswerk und zieht durch kurze Wahlperioden und Vermehrung der jugendlichen Wähler die Politik in die Straße.

Seit über einem Jahr ist Lloyd George daher bestrebt, und mußte es sein, eine günstige Parole für seine Wahlen zu finden. Der erste Versuch, Genua zu diesem Zweck auszuschlachten, scheiterte an dem kläglichen Ergebnis, das die Konferenz gehabt hat; den zweiten Versuch stellt die Lösung der klein-

Eduard Rosenbaum

asiatischen Frage dar, aber auch sie hat Lloyd George mehr Feinde als Freunde gemacht: man merkte die Absicht, es war eine künstliche Krise, keine natürliche.

Die konservative Partei ist es nun satt geworden, zu warten, bis Lloyd George einen passenden Augenblick für seine Wahlen gefunden hat. Als er in seiner Rede in Manchester von bevorstehenden Neuwahlen sprach, brauchte er nicht lange auf die Antwort zu warten. Die konservative Partei hatte für Mitte November eine Versammlung einberufen, in der über Fortbestehen der Koalition beschlossen werden sollte. Man befürchtete, daß Lloyd George das Parlament vor diesem Zeitpunkt auflösen könnte; dadurch würde er der konservativen Partei zugekommen sein und würde die Neuwahlen ansetzen können, bevor sie sich über ein neues und selbständiges Programm geeinigt hätte. Mußte man dieser Möglichkeit nicht beugen?

Chamberlain, Balfour, Curzon und Horne, die führenden Staatsmänner der Unionisten, scheinen diese Auffassung nicht vertreten zu haben; sie wollten mit Lloyd George und der Koalition in die Wahlen gehen. Zu diesem Zweck mußten sie aber ihrer Gefolgschaft sicher sein, deshalb beriet Chamberlain auf Donnerstag, den 19. Oktober eine Versammlung der konservativen Mitglieder des Unterhauses zu einer Besprechung um 11 Uhr morgens in den Carlton-Klub. Diese Besprechung sollte ihm ein Vertrauensvotum bringen. Noch am Dienstag hatte man in England keine Ahnung, wie nahe die Krise gekommen sei. Die Blätter vom Mittwoch beginnen erst auf die Gefahr hinzuweisen und die Prämie, die bei Lloyd für Versicherungen gegen Schäden durch Auflösung des Parlaments vor Neujahr gezahlt wird, steigt rasch auf 75 %. Am Mittwoch war es noch nicht einmal bekannt, daß Bonar Law an der historischen Sitzung teilnehmen würde; aber es hat sich inzwischen gezeigt, daß eine Reihe konservativer Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre mit der Resignation drohten, falls die Koalition beibehalten werden sollte. Die Gruppe dieser Persönlichkeiten (es sind die sogenannten Die-Hards) gewannen in der Besprechung die Oberhand; mit 186 gegen 87 Stimmen wurde nach ziemlich stürmischer Debatte Chamberlains Resolution verworfen und ihm dadurch das Vertrauen entzogen. Er resignierte als Führer der konservativen Partei, und demgemäß konnte er auch nicht mehr die Stelle im Ministerium innebehalten, die ihm in dieser Eigenschaft übergeben worden war. Für Balfour, Curzon und Horne gilt das Gleiche; die anderen konservativen Minister und Staatssekretäre traten selbstverständlich ebenfalls zurück, weil sie von der Koalition nichts wissen wollten.

Damit war die Koalition gesprengt und es kam nunmehr

für Lloyd George darauf an, ob er es für taktisch richtiger hielt, in die Opposition zu gehen oder an der Spitze einer liberalen Regierung die Geschäfte fortzuführen. Er hat das erstere getan und Bonar Law die Regierung überlassen.

Es wäre verkehrt, wollte man dieser Episode einer konservativen Regierung irgendwelche Bedeutung beilegen. Wir haben es vielmehr mit einem Nothelfer, einem Carry-Over Ministry zu tun, das weiter keine andern Obliegenheiten hat, als die Verwaltungsgeschäfte der Regierung bis zu den ganz nahe bevorstehenden Neuwahlen fortzuführen. Von einer Politik kann bei dieser Regierung um so weniger die Rede sein, als ja Bonar Law im Unterhaus nicht einmal eine Majorität hinter sich hat. So bleibt ihm nichts anderes übrig, als möglichst bald das Parlament aufzulösen und die Neuwahlen auszusprechen. Man rechnet mit ihnen noch vor Ende November; bis sie sich vollzogen haben, gibt es in England keine aktive Politik mehr, sondern nur noch Wahlpropaganda; als solche wird auch die bevorstehende Programmrede Bonar Laws zu gelten haben, wie auch der ganze Verlauf der Ereignisse in jüngster Zeit.

Nur ein Vorfall hat eine größere Bedeutung, und das ist jene Besprechung im Carlton-Klub. Aber ihre Hauptbedeutung liegt nicht darin, daß sie einen Minister stürzte, auch nicht darin, daß sie die Koalition sprengte, obgleich das schon wichtiger ist, auch nicht in der Wahl des neuen Führers, ihre Bedeutung liegt auf anderem Gebiet. Als Folge dieser Besprechung ist nämlich, wie es scheint, die konservative Partei selbst in die Brüche gegangen. Die vier Hauptführer und etwa 75 Mitglieder des Unterhauses halten an Lloyd George fest; der Rest hat zwar die Parteiorganisation und die Parteikasse inne, stellt aber einen Torso dar, von dem man es kaum erwarten kann, daß er bei den kommenden Neuwahlen eine Majorität für sich erhält, trotz Newport und anderen Nachwahlerfolgen.

Im übrigen ist das Ergebnis der Wahlen noch nicht abzusehen; es scheint außer Frage zu stehen, daß Lloyd George einen alten Plan verwirklichen und eine neue Partei der Mitte bilden wird. Daneben werden die Liberalen auf dem Plan erscheinen. Wenn wirklich die bürgerlichen Parteien in drei Gruppen aufmarschieren sollten, würde mit größter Wahrscheinlichkeit eine Arbeitermajorität das Ergebnis sein, der sich dann der extrem linke Flügel der Liberalen anschließen würde. Aber es wird noch viele Kämpfe geben, bis wir hierüber Sicheres sagen können; soviel ist gewiß, daß in England mit dieser Möglichkeit gerechnet wird.

Dr. Th. Plaut

Rechtsprechung und Privatwirtschaft

Ein Urteil über die Behandlung von Vorkriegsschecks auf London

Bei der Verflochtenheit des deutschen und des englischen Handels, wie sie in der Vorkriegszeit bestand, sind bekanntlich nach dem Kriege zahlreiche verwickelte Streitfragen über die Behandlung von Londoner Rembours und sonstigen bankmäßigen Transaktionen aufgetaucht, über die die ordentlichen Gerichte wie das Reichswirtschaftsgericht zu entscheiden gehabt haben, und über die in den beteiligten Kreisen, namentlich in einer besonderen Kommission für die Frage der Vorkriegsschäden, vielfache Erörterungen gepflogen sind.

Einen besonderen Fall aus diesem Gebiete hat das Reichsgericht am 8. Juli entschieden, und wenn auch dahingestellt bleiben mag, inwieweit er ganz allgemeine grundsätzliche Bedeutung hat, so ist er doch bemerkenswert genug, um über das bei der Langsamkeit des heutigen Geschäftsganges erst jetzt

in der Ausfertigung herausgekommene — Urteil kurz zu berichten.

Naturgemäß hatten die deutschen Banken kurz vor dem Kriegsausbruch in zahlreichen Fällen Pfundschecks auf London erhalten, die sie dort einzuziehen hatten. Die Einziehung war nicht mehr möglich, der von der Bank einstweilen bezahlte Betrag blieb wegen Nichtvorhandenseins eines Kurses auf London offen und nun handelte es sich in diesen Fällen darum, welchen Betrag die Bank jetzt erstattet verlangen konnte: den tatsächlichen von ihr verausgabten Markbetrag oder den Pfundbetrag auf den der Scheck lautete, zu dem Kurse, den das Pfund zur Zeit der Rückforderung hatte. Die Deutsche Bank hatte die letztere Ansicht vertreten; sie hatte Kunden in solchen Fällen mit dem ganzen Pfundbetrage belastet, und es war dar-